

**Pflege-Infrastruktur** | 08.10.2015 | Lesezeit 5 Min.

## Höchste Zeit, aktiv zu werden

*Aufgrund der alternden Bevölkerung müssen die Weichen für eine geeignete Pflege-Infrastruktur möglichst schnell gestellt werden. Nach IW-Berechnungen braucht Deutschland bis 2030 allein in der stationären Dauerpflege bis zu 220.000 zusätzliche Plätze. Dabei stehen die einzelnen Bundesländer aufgrund ihrer spezifischen Bevölkerungsentwicklung und ihrer bisherigen Ausstattung vor unterschiedlichen Herausforderungen.*

---

Bundesweit waren im Jahr 2013 insgesamt 2,6 Millionen Menschen offiziell pflegebedürftig. Hinzu kamen weitere 109.000 Menschen, die zwar körperlich fit waren, aber auch Hilfe benötigten – beispielsweise aufgrund einer Demenz.

Der Pflegebedarf ist jedoch regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Logischerweise gibt es in bevölkerungsreichen Bundesländern absolut mehr Pflegefälle als anderswo. Der Anteil der Pflegefälle an der jeweiligen Bevölkerung variiert aber deutlich. So weisen vor allem die ostdeutschen Flächenländer erhöhte Pflegequoten auf. In Brandenburg zum Beispiel sind 4,4 Prozent der Menschen pflegebedürftig – in Bayern dagegen nur 2,7 Prozent.

### Seniorinnen öfter pflegebedürftig

Die höheren Pflegequoten im Osten erklären sich zum einen durch die ältere Bevölkerung, zum anderen durch den höheren Frauenanteil. Denn Seniorinnen sind häufiger pflegebedürftig als gleichaltrige Männer.

Auch der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Personen der jeweiligen Altersgruppe ist im Osten höher – in der Gruppe der 85- bis 89-jährigen Frauen liegt er in

Mecklenburg-Vorpommern bei 56 Prozent, in Bayern hingegen lediglich bei 37 Prozent. Dafür könnten medizinische Gründe oder Unterschiede in der Begutachtungspraxis verantwortlich sein. Genaues weiß man aber nicht.

Grundsätzlich wird in den kommenden Jahrzehnten die Zahl der Pflegefälle in allen Bundesländern deutlich zunehmen – denn überall altert die Bevölkerung. Allerdings verläuft auch dieser Trend in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In Berlin beispielsweise steigt die Zahl der Pflegebedürftigen von 2013 bis 2030 um 44 Prozent auf knapp 170.000. Das Saarland indes scheint relativ günstig durch den demografischen Wandel zu steuern – dort steigt die Zahl der Pflegefälle nur um 21 Prozent auf 43.000.

Diese Zuwachsraten – wie auch die folgenden Angaben – basieren auf der Annahme, dass sich die Wahrscheinlichkeit, zum Pflegefall zu werden, künftig weder durch den medizinischen Fortschritt noch durch die Lebensweise ändert.

## **Mehr Hochbetagte**

Auch nach 2030 steigt nach IW-Berechnungen die Zahl der Pflegefälle weiter an, weil die geburtenstarken Jahrgänge nach und nach die Altersgruppe der Hochbetagten mit besonders hohem Pflegefallrisiko erreichen. Demnach muss bis 2050 über alle Bundesländer hinweg mit bis zu 1,9 Millionen zusätzlichen Pflegefällen gerechnet werden.

Die Anforderungen an die Pflege-Infrastruktur werden also mittel- und langfristig steigen. Für die künftige Nachfrage nach professioneller Pflege ist die Entwicklung des sogenannten informellen – also nicht professionellen – Pflegesektors wichtig. Denn häusliche Pflege lässt sich nur dann realisieren, wenn Angehörige zumindest teilweise Pflege- und/oder Betreuungsleistungen übernehmen. Selbst Pflegebedürftige, die ambulante Pflegedienste beanspruchen, sind oftmals auf die ergänzende Unterstützung der Angehörigen angewiesen.

Ob jedoch in Zukunft informelle Pflege im gleichen Umfang geleistet werden kann wie heute, ist unsicher: Zum einen steigt die Zahl der Singles. Und diesen Menschen fehlt im Alter ein Partner, der die Pflege übernehmen könnte.

## **Kinder fallen als Pfleger aus**

Zum anderen wächst die Gruppe der Kinderlosen. Im Jahr 2012 lag der Anteil der Frauen ohne Kinder in der Gruppe der 65- bis 75-Jährigen bei 12 Prozent, in der

Gruppe der 45- bis 54-Jährigen sogar schon bei 19 Prozent. In Zukunft kann daher eine größere Gruppe von Älteren im Pflegefall nicht mehr auf die Hilfe der eigenen Kinder hoffen.

Abermals sind Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Stadt- und Flächenstaaten erkennbar. Lag der Anteil kinderloser Frauen in der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen im Jahr 2012 in Bremen bei einem Drittel, betrug er in Sachsen nur gut 8 Prozent.

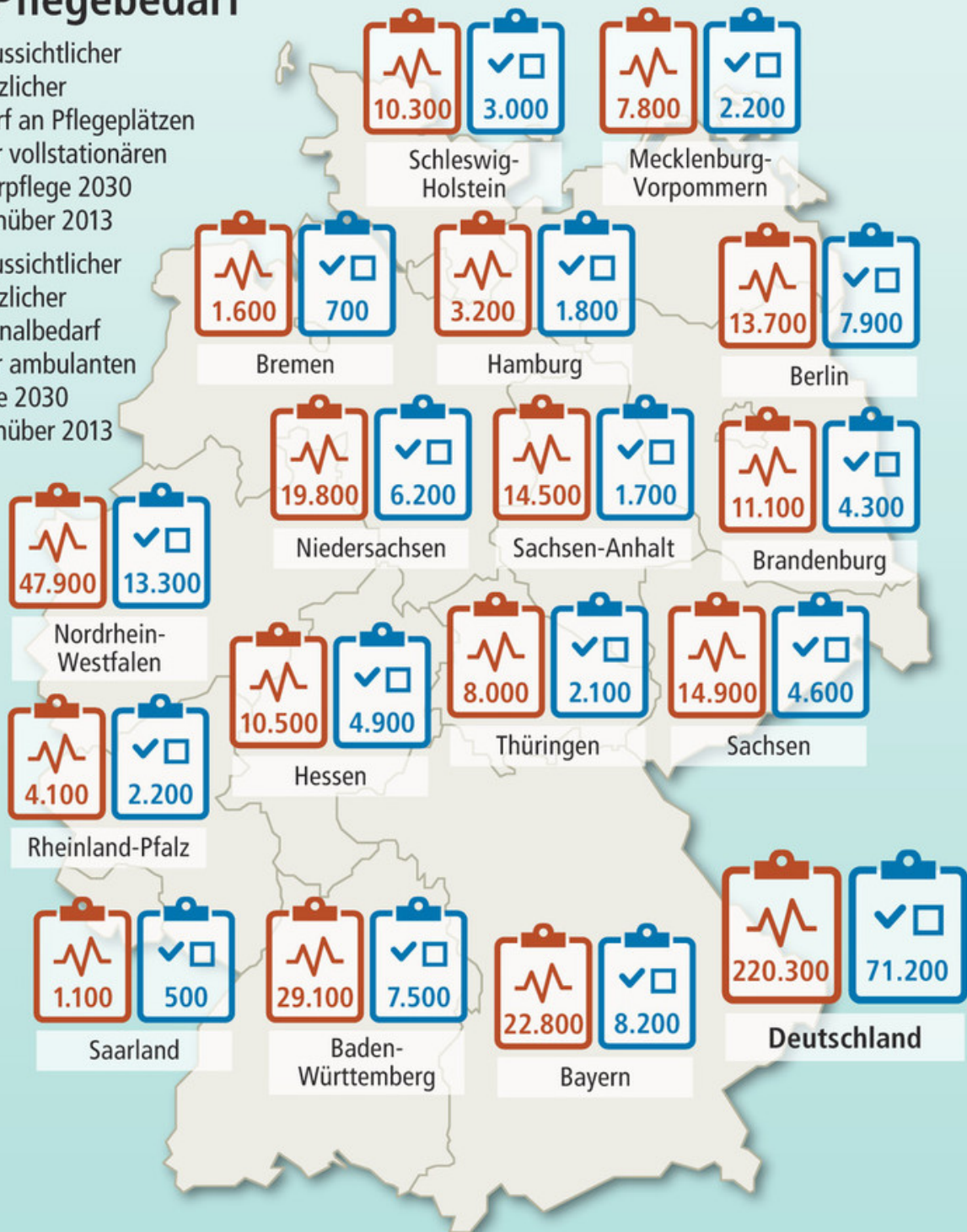
Eines ist sicher: Weniger informelle Pflege würde die Nachfrage nach stationären und ambulanten Leistungen professioneller Anbieter zusätzlich erhöhen. Wie sich beide Bereiche entwickeln werden, hat das IW Köln überschlägig berechnet - und dabei berücksichtigt, wie Pflegeheime bislang ausgelastet sind:

- In der **stationären Dauerpflege** ergibt sich bis 2030 ein zusätzlicher Bedarf von 220.000 Betten. Sollten künftige Rentnergenerationen allerdings gesünder leben, kann der Bedarf auf 180.000 Plätze sinken.

Wegen der unterschiedlichen Ausgangssituation in den einzelnen Bundesländern steigt auch der Bettenbedarf unterschiedlich stark an (Grafik). Sachsen-Anhalt müsste die Zahl der Pflegeplätze von 2013 bis 2030 um rund die Hälfte erhöhen, das Saarland nur um knapp 9 Prozent. Dort ist nicht nur die Altersstruktur günstiger, die derzeitigen Kapazitäten sind auch längst nicht so stark ausgelastet wie anderswo.

# Der Pflegebedarf

- Voraussichtlicher zusätzlicher Bedarf an Pflegeplätzen in der vollstationären Dauerpflege 2030 gegenüber 2013
- Voraussichtlicher zusätzlicher Personalbedarf in der ambulanten Pflege 2030 gegenüber 2013



Berechnung der zusätzlich benötigten Pflegeheimplätze in der vollstationären Dauerpflege und des Personals in der ambulanten Pflege auf Basis der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung; Pflegepersonal umgerechnet in Vollzeitäquivalente; Annahmen: unveränderte altersspezifische Pflegefallwahrscheinlichkeiten, kein Produktivitätsfortschritt; Quellen: Statistisches Bundesamt, IW-Berechnungen

- Über den Bedarf an zusätzlicher **ambulanter Pflege** herrscht noch große Unsicherheit. Einerseits benötigen die ambulanten Pflegeeinrichtungen selbst mehr Hilfsmittel und Personal. Andererseits muss auch das private Wohnumfeld adäquat ausgerüstet werden. Die Datenlage, wie weit man hier schon ist, ist aber unzureichend.

Außerdem weiß niemand so recht, in welchem Umfang man die ambulante Pflege effizienter gestalten kann. Im Krankenhaussektor etwa werden jährliche Produktivitätsfortschritte von 0,4 Prozent erzielt.

Das IW Köln rechnet für die ambulante Pflege deshalb vorsichtig geschätzt bis zum Jahr 2030 mit einem zusätzlichen Personalbedarf von 71.000 Vollzeitkräften, wobei es wiederum große Unterschiede von Land zu Land gibt.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die Weichen für den Pflegesektor insgesamt frühzeitig richtig zu stellen, denn der Ausbau der Infrastruktur braucht Zeit. Neben dem Kapitalbedarf ist unternehmerisches Engagement gefordert, um bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln.

Damit der Prozess in Gang kommt, müssen die Bundesländer entsprechende Rahmenbedingungen setzen - und dabei nicht dem Regulierungswahn verfallen. Denn detaillierte Regeln bis hin zur Zimmerausstattung schrecken Investoren ab. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe sind mit einem hohen Verwaltungsaufwand überfordert.

In einigen Ländern werden die Anreize zurzeit allerdings zugunsten der ambulanten Pflege und zulasten der stationären Pflege gestärkt. Der Schuss könnte jedoch nach hinten losgehen, wenn Pflegebedürftige und ihre Familien, die auf Heimplätze angewiesen sind, kein entsprechendes Angebot vor Ort mehr vorfinden.

## **Hoher Nachholbedarf im Osten bis 2030**

Abweichung des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen im Jahr 2030 von der Zahl der tatsächlich verfügbaren Plätze 2013 in Prozent. Diese Karte können Sie kostenlos auf Ihrer Website einbetten. Schicken Sie dazu eine Mail an [onlineredaktion@iwkoeln.de](mailto:onlineredaktion@iwkoeln.de).

Es wird angenommen, dass die alters- und geschlechtsspezifischen Pflegequoten konstant bleiben (Basisszenario) und die stationären Einrichtungen zu 98 Prozent ausgelastet werden können. Daten: Statistisches Bundesamt 2010, Bevölkerung Deutschlands nach Bundesländern bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; Statistisches Bundesamt 2011,

Generationensterbetafeln für Deutschland; Statistisches Bundesamt 2015, Pflegestatistik 2013; Statistisches Bundesamt 2015, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; Berechnungen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### **Kernaussagen in Kürze:**

- Aufgrund der alternden Bevölkerung müssen die Weichen für eine geeignete Pflegeinfrastruktur schnell gestellt werden.
- Die einzelnen Bundesländer stehen bei der Ausgestaltung ihrer Pflegeinfrastruktur aufgrund ihrer spezifischen Bevölkerungsentwicklung vor unterschiedlichen Herausforderungen.
- Bis 2050 muss über alle Bundesländer hinweg mit bis zu 1,9 Millionen zusätzlichen Pflegefällen gerechnet werden.